

Der Streik in Oesterreich.

G. Wien, 20. Januar.

Vielleicht ist es ein Geheimnis, das niemand erfahren darf außer dem — Feind, der es merkwürdigerweise trotz Zensur und Postsperrre immer erfährt; jedenfalls ist es eine Tatsache, daß Wien, ganz Niederösterreich, Brunn, Budapest und noch einige andere Ortschaften seit einigen Tagen den ausgiebigsten Streik haben, dessen wir uns überhaupt erinnern, und daß zur Stunde über seine Dauer und seinen weiteren Verlauf noch nichts Sicheres gesagt werden kann. Wir halten es darum auch für richtiger, statt uns an der allgemeinen Lotzschweigstaktik zu beteiligen, die Tatsache selbst pflichtgemäß zu berichten. Ein Streik ist ja eine Zweckhandlung. Vielleicht ist seine dringende erwünschte Beilegung am ehesten zu erreichen, wenn über seine Ursachen, Aussichten und Ziele niemand, den es angeht, im Unklaren bleibt.

Der Streik ist plötzlich und überraschend ausgebrochen; überraschend sowohl für die Behörden wie für die sozialdemokratische Parteileitung, wie auch für die Arbeiterschaft selbst. Als am Montag den 14. die Verkürzung der Mehlquote, die abermalige Verdoppelung der Tabakpreise und die Störungen in den Verhandlungen von Brest-Litowsk bekannt wurden, legten die Arbeiter eines Betriebs in Wiener-Neustadt die Arbeit nieder und gingen auf die Straße. Am Dienstag streikte schon das ganze Wiener-Neustädter Becken mit seinen 90 000 Arbeitern. Am Mittwoch hatte der Streik auf Wien übergegriffen, am Freitag legten auch die Zeitungssetzer trotz dringender Abmachung der Parteileitung die Arbeit nieder, und am Samstag arbeiteten überhaupt nur noch die Lebensmittel- und die Transportbranche, diese natürlich nur aus dem eigensten Interesse der Arbeiterschaft selbst, die wohl sehr rasch in ihren Entschlüssen, aber keineswegs kopflos ist. Bisher ist auch die Ordnung nirgends gestört worden, Ausschreitungen und Plünderungen sind nicht vorgekommen. Die Arbeiterschaft diszipliniert sich selbst. Umso ernster ist ihre Bewegung zu nehmen.

Einen Teil der Ursachen dieser plötzlichen Bewegung haben wir oben angegeben. Unter Regierung versteht man in Oesterreich das zusammenhanglose Walten so und sovieler Behörden, die resportgemäß vorgehen. Als die Mehlaufuhr infolge Ausbleibens der ungarischen Lieferungen stockte und das Verhalten des jetzt zurückgetretenen ungarischen Ernährungsministers Grafen Hadik die Erfüllung der ungarischen Verpflichtungen auch weiterhin als fraglich erscheinen ließ, stellte das österreichische Ernährungsamt eine Rechnung auf, aus der hervorging, daß die allwöchentliche Mehlquote um ein Fünftel gekürzt werden müsse, wenn nicht in absehbarer Zeit einmal vollständiger Mangel eintreten solle. Diese Einschränkung wurde denn auch raschestens „verfügt“. So weit war das Vorgehen des Ernährungsamtes nur pflichtgemäß und vollständig in der Ordnung. Daß es aber auch ein Ministerpräsidentium und ein Ministerium des Äußern gibt, die beide zu erwägen hatten, ob eine solche Verfügung mit Rücksicht auf die eben stattfindenden Friedensverhandlungen in Brest gerade zeitgemäß wäre, ob nicht die Position der Unterhändler durch doch immerhin mögliche Folgewirkungen der Mehlverkürzung auf die Bevölkerung verschlechtert werden könnte, hat man bei dieser Gelegenheit nicht gemerkt. Auch der Chef der Tabakregie, Sektionschef Ritter v. Scheuchensjuel ist ganz resport- und pflichtgemäß vorgegangen. Der Tabakverschleiß ist infolge Warenmangels auf ein Drittel zurückgegangen. Das Erträgnis muß aber aus anderen Gründen das gleiche bleiben. Ergo mußten die Preise abermals verdoppelt werden. Es ist schwer zu sagen, was auf eine tabakgewöhnte Bevölkerung aufreißender wirkt, der Mangel an Mehl oder der Mangel an Rauchzeug. Beides zusammen ist wohl eine übermäßige Belastung der Gemüter, und nur absolute Ahnungslosigkeit, wie sie jetzt in den Räumen der Herrengasse heimisch ist, konnte die Verhängung der beiden Kürzungsmaßnahmen gerade während der kritischsten Zeit der Verhandlungen in Brest-Litowsk für vollständig ungefährlich halten. Aber physischer Mangel allein hätte die nun schon an Entbehrungen gewöhnte und sonst so gutartige niederösterreichische Bevölkerung schwerlich zu einer ihrem Naturell gar nicht liegenden raschen und entschlossenen Tat getrieben. Dazu mußte noch ein psychisches Moment kommen. Das ist die begreifliche Kriegsmüdigkeit, die von dem sanguinischen Temperament des Oesterreichers schon eskomptierte Friedenshoffnung, die sich an die Erklärungen Trozkis knüpfte, und der jäh ausschäumende Unwille gegen die alldeutschen Annexionisten, als deren Exponenten nach seinem drastischen Auftreten in Brest-Litowsk man den General Hoffmann ansah. Die Meldungen über eine Krise in Berlin schlugen dem Faß den Boden aus. Die universale Arbeitseinstellung in Oesterreich ist ein Reflex des Auftretens der Annexionspartei in Berlin.

Was den auch bei solcher Disposition noch immer nötigen ersten Anstoß zur Arbeitseinstellung in Wiener-Neustadt gegeben hat, ist noch nicht festgestellt. Es heißt, daß in jenem Betrieb sich zahlreiche linksradikale Elemente befinden, ein Verkehr mit bolschewistischen russischen Kriegsgefangenen, die Arbeitsdienste leisten, ist auch nicht ausgeschlossen und schließlich ist die niederösterreichische Arbeiterschaft auch so stark mit Tschechen durchsetzt, daß jähre Entschlüsse, die eine Schädigung Oesterreichs und eine Vereitelung des Separatfriedens mit Rußland zur Folge haben können, ein sehr durchlässiges Verbreitungsmedium finden. Dem widerspricht es durchaus nicht, daß die Arbeitseinstellung bei der großen Masse das direkte Ziel des raschesten Friedensschlusses hat. Die Tschechen sind weit verschlagener als die Deutschen und berechnen auch die indirekten Wirkungen eines Ausbruchs, der bei den andern rein triebhaft erfolgt. Sie sagen sich, daß Trozkij ein schlechter Politiker sein müsse, wenn er den Zustand in Oesterreich nicht mit einer Verschleppung oder Vertagung der Verhandlungen beantworten würde, um alle sich ihm hierdurch bietenden Möglichkeiten voll auszunutzen zu können. Die Tatsache hat, falls sie diese Rechnung wirklich angestellt haben, bis zu einem gewissen Grade ihnen recht gegeben. Freilich hat die Rechnung doch einen Fehler. Sie vergißt, den Ordnungssinn der deutschen Arbeiter als Faktor einzustellen, die wohl zu einer einmaligen entschlossenen Zweckhandlung bereit sind, nicht aber, wenn sie nicht direkt provoziert werden, zu unnötigen Ausschreitungen oder zur kopflosen Anarchie. Sie vergißt auch die Geschmeidigkeit der österreichischen Behörden, die wohl nachlässig sind in der Vorfrage, aber, vor bestimmte Situationen gestellt, niemals verlegen sind um Auskünfte und weitgehende Improvisationen. Das Hindernis starrer Prinzipienreiterei existiert in Oesterreich nicht. Man gibt rasch nach, wo allein Nachgiebigkeit Schlimmeres verhüten kann und — man hat nachgegeben. Es wird in Oesterreich voraussichtlich keine „Revolution“ geben. Und wenn Herr Trozkij am 29. Januar aus Petersburg wieder nach Brest-Litowsk zurückkehrt, wird er im Grafen Czernin nicht den Vertreter eines umgestülzten, wohl aber den eines eminent friedwilligen, von annexionistischen Hintergedanken ganz freien Staates finden.

Zur Stunde — für die folgenden können wir nicht einsehen — ist der Stand der Dinge der: die Regierung hat alle Forderungen der Arbeiter glatt bewilligt. Graf Czernin hat drastisch die mit den Arbeiterführern vereinbarte Erklärung über den annexionslosen Frieden auch in Bezug auf Polen angenommen und sich in der Räumungsfrage einem weiteren Kompromiß willig gezeigt. Das drückende Kriegsleistungsgesetz wird aufgehoben, ebenso die Militarisierung der Betriebe, das aktive und passive Frauenwahlrecht bewilligt, Besserung der Ernährung versprochen, kurz alles getan, was der Masse auch den letzten Vorwand zu einer

feindseligen Haltung benehmen muß. Die Zusagen sind nicht nur den Parteileitern, sondern auch einer Abordnung des „Arbeiterrates“ gemacht worden, so daß diese den Arbeitern für morgen die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben empfehlen konnten. Nun muß sich zeigen, ob die gutgläubigen und ordnungsliebenden oder die böswilligen Elemente in der Arbeiterschaft die Mehrheit haben. Bisher liegt kein Grund zur letzteren Annahme vor. Die Parteileitung ist wohl von der Bewegung überrascht worden und hat viel Mühe gehabt, wieder an ihre Spitze zu kommen. Aber das scheint nun doch der Fall zu sein. Die Regierung hat durch ihr kluges Zurückweichen dem ersten Schwall die Möglichkeit gegeben, sich in ein weiteres Bassin zu ergießen und die Dämme der äußeren Ordnung unbeschädigt zu lassen. Mehr als sie jetzt erreicht haben, können die gutgläubigen Arbeiter gar nicht verlangen. Ob nicht doch einige Bolschewiken bei dieser Gelegenheit gleich die ganze Weltordnung ändern wollen, muß abgewartet werden.

Es wäre aber nichts verfehlter, als nun die ganze Angelegenheit als erledigt anzusehen, selbst wenn morgen in allen Betrieben die Arbeit anstandslos wieder aufgenommen werden sollte. Wir haben schon gesagt, die Bewegung war am letzten Ende ein Reflex des Auftretens der Annexionisten und Gewaltapostel in Berlin. Die Arbeiterschaft in Oesterreich hat bei dieser Gelegenheit ihre Macht erkannt. Man hat es sehr weise vermieden, es auf eine Strafpfote ankommen zu lassen, die bei der Stimmung der ganzen Bevölkerung einschließlich der Truppen nicht zu Gunsten der Staatsgewalt ausgefallen wäre. Nun ist auch die Parteileitung gewarnt und auf ihrer Hut. Sie wird an der Spitze bleiben. Sie wird sich nicht mehr von den Massen treiben lassen, sondern sie führen. Wenn in Berlin die Bestürmter eines reinen Machtfriedens Miene machen sollten, sich über die Reichstagsmehrheit hinwegzusetzen und gegen die Verständigung die alte Methode der nur militärisch gesicherten Macht zu verteidigen, werden sie damit rechnen müssen, Oesterreich-Ungarn nicht nur nicht auf ihrer Seite, sondern auf der ihrer Gegner zu finden, d. h. wohl auf der Seite der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes selbst. Die Vorgänge der letzten Tage haben fast die Wirkung eines Plebiszits gehabt: Oesterreich ist mit verschwindenden Ausnahmen, zu denen die Behörden nicht gehören, nicht im Lager der alldeutschen Annexionisten. Welche Wirkung dies Plebiszit auf das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich haben wird, hängt wohl zumeist von Berlin ab. Welche weiteren Folgen für die künftige Gestaltung Oesterreich-Ungarns, wenn die „austropolnische“ Lösung nun ganz in der Luft der unbeflügelten Volksabstimmung schwebt, welche Folgen für Mitteleuropa, für Galizien und schließlich für das Schicksal Oesterreichs selbst, muß erst die Zukunft lehren. Es wäre vergeblich, da mit dem Urteil den Ereignissen vorauszuwollen. Im Augenblick aber ist Oesterreich froh, wenigstens hoffen zu dürfen, daß die minder harmlose, zweite Phase eines Generalstreiks in Notstandszeiten vermieden werden wird, und hat nur den einen Wunsch, daß sein Schrecken sich nicht wiederholt.